

Wir mischen uns ein –

bildungspolitische Aktivitäten des Bundesvorstandes

Dieter Zielinski

Zu den Aufgaben der GGG gehört es, mit Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, Schulträgern, Parteien, Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen zusammenzuarbeiten und dabei die eigenen Ziele sowie die Interessen der bereits bestehenden Schulen des gemeinsamen Lernens zu vertreten. In diesem Artikel gebe ich einen Einblick in die aktuellen Aktivitäten des Bundesvorstandes.

Bildungsfragen erfahren zurzeit eine hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Schwerpunkte sind u.a. das Ringen um den richtigen Weg zwischen gesundheitsschützenden und pädagogisch ausgerichteten Maßnahmen, der Aspekt der sozial bedingten Bildungsbenachteiligung sowie die aus den Einschränkungen des Bildungsbetriebes verursachten Lernrückstände der Schülerinnen und Schüler. Auch wenn Bildungspolitik unter die Kulturhoheit der Bundesländer fällt und Antworten dort gesucht und gefunden werden müssen, werden die Diskussionen mit der Zielsetzung eines möglichst einheitlichen Vorgehens ebenso intensiv auf der Bundesebene geführt, so z.B. in den zentralen Nachrichtensendungen der Fernsehanstalten.

In diesem Sinne haben der Bundesvorstand der GGG wie auch einige Landesverbände mit Stellungnahmen und Presseinformationen z.B. zu den Themen „Empfehlungen zur Durchführung von Abschlussprüfungen im Schuljahr 2020/21“ sowie zur „Wiederaufnahme des Schulbetriebs nach den Weihnachtsferien in den Bundesländern“ versucht, den GGG-Positionen Gehör zu verschaffen.

Covid-19: Pandemie und Folgerungen

In unserer Stellungnahme zum Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung „Lehren aus der Pandemie: Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern“ war es uns wichtig zu betonen, dass ein Konzept zur Aufhebung von Bildungsbenachteiligungen, insbesondere dann, wenn es sich um eine langfristig angelegte Perspektive handelt, nicht allein auf die Kompensation von

Lernrückständen und Sicherung von Mindeststandards fokussiert sein darf. Unser Bildungssystem wird nur dann einen erfolgreichen Beitrag zur Aufhebung von Bildungsbenachteiligung leisten können, wenn das System insgesamt eine entsprechende Orientierung hat. Dazu ist es erforderlich, dass der Bildungsauftrag von Schule erneut in den Blick genommen und neu justiert wird. Mit unserem Aufruf zu einer grundlegenden Bildungsreform sowie einem Impulspapier mit zehn in die Zukunft weisenden Impulsen (siehe DSfa 2020/1) haben wir entsprechende Anregungen gegeben.

In den aktuellen Debatten sehen wir eine Chance, unserem Ziel, das wir mit vielen anderen in der Zivilgesellschaft teilen, einen Schritt näher zu kommen. Dabei werden wir uns nicht auf die Politik verlassen können. Was wir jetzt brauchen ist eine groß angelegte gesellschaftliche Debatte um die Schule für das 21. Jahrhundert. Leider hat sich unsere Hoffnung auf einen Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit nicht erfüllt. Aber die Montag Stiftung Denkwerkstatt hat sich erfreulicherweise des Themas angenommen und einen Bürgerrat Bildung und Lernen ins Leben gerufen (siehe: <https://www.buergerrat-bildung-lernen.de/dito/explore?action=startpage&id=90>). Wir unterstützen diesen Bürgerrat und fordern zur Beteiligung auf.

GGG im Bündnis aktiv

Auch im Bündnis „Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“ mit GEW, GSV, ‚Aktion Humane Schule‘ und ‚Politik gegen Aussonderung‘ arbeitet die GGG, weiter vertreten durch Gerd-Ulrich Franz, kontinuierlich daran, die Idee der „inklusive Schule für die Demokratie“ wirksam in die Öffentlichkeit zu bringen. Eine Veranstaltung zu 100 Jahre Reichsschulkonferenz musste zwar 2020 coronabedingt ausfallen. Die Planung, mit dem „Legislativen Theater Berlin“ gezielt bildungspolitische Akteure in Berlin anzusprechen, hoffen wir nun im Jahr 2021 umsetzen zu können. Passend hierzu wird gerade als Heft 7 der Schriftenreihe des Bündnisses eine Broschüre mit dem Titel „100 Jahre Schulreform in Deutsch-



land – Eine (un)endliche Geschichte“ fertiggestellt. Die Verbände wollen in einem Videotreffen beraten, ob und wie künftig das traditionelle „Himmelfahrtstreffen“ stärker in eine gemeinsame strategische Bündnisarbeit eingebunden werden könnte.

KMK-Ländervereinbarung

Neben den aktuellen Diskussionen um Bildungsfragen läuft, von der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen, die „Alltagsarbeit“ in den Bildungsadministrationen weiter. So auch auf der Ebene der Kultusministerkonferenz. Diese legte am 15.10.20 nach langer Vorarbeit eine „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vor und ergänzend dazu Politische Vorhaben zur Ländervereinbarung. Über die Inhalte berichtet Lothar Sack in diesem Heft. Führte noch die Veröffentlichung durch die KMK zu deutlichen Reaktionen in der Presse und Erklärungen von Gewerkschaften und Verbänden, ist es mittlerweile still darum geworden. Dennoch werden die Vereinbarung und die noch zu verhandelnden Vorhaben weitreichende Konsequenzen für die Ausrichtung unseres Schulsystems und die Arbeit in unseren Schulen haben.

KMK setzt falsche Prioritäten!

In unserer Stellungnahme „KMK setzt falsche Prioritäten – weder Bildungsgerechtigkeit noch Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems stehen im Fokus! Wir sehen dennoch Perspektiven!“ haben wir unsere grundlegenden Einschätzungen dargelegt.

Die KMK-Ländervereinbarung ist so kein Fortschritt. Als habe es die Corona-Pandemie mit den dabei in den Fokus gerückten überwiegend schon lange bekannten Mängeln des deutschen Bildungssystems nicht gegeben, wird in einem Zustand des „business as usual“ verharrt. Die in einer Zusatzvereinbarung beschriebenen politischen Vorhaben sollen zu mehr Qualität und Transparenz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit führen, ignorieren aber die wahren Missstände unseres Bildungssystems.

- **Bildungsgerechtigkeit** wird im Wesentlichen auf die Vergleichbarkeit von Abschlüssen reduziert und nicht auf den inakzeptablen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg bezogen.
 - **Inklusion** wird auf ein schulisches Angebot verkürzt und nicht als zentrale Aufgabe einer inklusiven Gesellschaft zur Verwirklichung des Rechtes aller Menschen, insbesondere auch von Kindern u.a. gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention und des Gleichbehandlungsgebotes unseres Grundgesetzes.
 - Unerschlossen bleibt für uns, warum in der Gliederung des Abschnitts II. **die Qualitätssicherung vor die inhaltlichen Ziele gestellt wird**. Hierin kommt eine merkwürdige Prioritätensetzung zum Ausdruck. Eigentlich sollte die Qualitätssicherung den inhaltlichen Zielen verpflichtet sein. Darauf fußend können dann Kriterien für das Erreichen der Ziele formuliert werden. Dabei müssen alle Ziele abgedeckt werden. Diese falsche Reihenfolge wird noch einmal besonders deutlich bei der Formulierung der „Politischen Vorhaben“. Dort spielen bei der Qualitätssicherung die Ziele des Bildungssystems überhaupt keine Rolle.
 - **Insgesamt geht es um Normierung und nicht um Vielfalt**, was insofern widersprüchlich ist, weil in der Folge der PISA-Ergebnisse mit der Einführung von zentralen Abschlussprüfungen und der Verabschiedung von abschlussbezogenen Bildungsstandards eine Umorientierung in der Steuerung des deutschen Bildungssystems erfolgt ist: weg von einer Inputsteuerung, hin zu einer Outputsteuerung. In diesem Kontext sind dezidierte Regelungen nicht nur überflüssig, sondern auch systemisch falsch. Unsere Schulen brauchen Freiräume und keine Gängelung. Zu schaffen ist ein „Lernumfeld, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen bestmöglich entfalten und einbringen können“.
- Wir wollen unsere Expertise einbringen und die Entscheidungen in unserem Sinne beeinflussen. Deshalb haben wir in einem Anschreiben an die Präsidentin der KMK, den Generalsekretär und

Leiter der KMK, an die in Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen Ministerinnen und Minister bzw. Senatorinnen und Senatoren sowie die Mitglieder der Amtschefkonferenz der KMK unsere Bereitschaft zur Beratung angeboten sowie auf zentrale für uns wichtige Orientierungen hingewiesen. Noch ist die Resonanz gering. Immerhin hat Frau Dr. Hubig, KMK-Präsidentin 2020, reagiert und uns dabei auf die Arbeit der neu einzurichtenden wissenschaftlichen Kommission verwiesen. Wir werden am Ball bleiben und auch das Gespräch mit der neuen KMK-Präsidentin suchen, die in einem Interview in der Sen-

dung „Berlin direkt“ am 17.1.21 ihre Bereitschaft zu einem solchen Gespräch geäußert hat. Sie sagte, „wir stellen uns gerne der öffentlichen Kritik. Wir freuen uns auf den Dialog.“

Genauso wichtig wird es sein, in den einzelnen Bundesländern das Gespräch mit den dortigen Verantwortlichen zu suchen. Hier setzen wir auf die Arbeit unserer Landesverbände.

Alle hier angesprochenen Unterlagen zur KMK-Ländervereinbarung befinden sich auf unserer Homepage.



100 Jahre Schulreform in Deutschland...

Gerd-Ulrich Franz

„Eine für alle – die inklusive Schule für die Demokratie“ war 2016 das Thema des gemeinsamen Kongresses in Frankfurt und ist seitdem Name und Auftrag eines kontinuierlich arbeitenden Bündnisses.

An diesem **Bündnis** beteiligen sich folgende Organisationen: die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der Grundschulverband (GSV), die Aktion Humane Schule (AHS), das NRW-Bündnis „Eine Schule für alle“ und der Verein „Politik gegen Aussonderung – Koalition für Integration und Inklusion“ (PogA) sowie die GGG, die ich hier vertrete.

Covid-19 wirft Planung um

Für das letzte Jahr hatten wir in Berlin eine große Veranstaltung aus Anlass des Jubiläums der Reichsschulkonferenz (RSK) von 1920 geplant, mit der wir gezielt auf Bundesebene aktive Politiker ansprechen und zur Teilnahme einladen wollten, um mit ihnen die seit 100 Jahren nicht

verwirklichte demokratische Schule zu diskutieren. Das Format, ein „Legislatives Theater“ zu den noch immer virulenten Problemen der Schülerauslese und des Bruchs nach der Grundschule, sollte anhand historischer Zitate und heutiger Argumente die Zuschauer bei der Suche nach Lösungen aktiv einbeziehen. Das Stück ist geschrieben, seine Aufführung musste aber erstmal in den Herbst 2021 verschoben werden.

Schulreform - die (un-)endliche Geschichte?!

Einstweilen haben wir uns darum auf die Herausgabe einer Broschüre zum historischen Werden der vielfach steckengebliebenen Schulreformansätze der letzten 100 Jahre konzentriert. Marianne Demmer, ehemals Vorstand Schule der GEW, hat als Autorin unseres Heftes Nr. 7 unter dem Titel „1920 - 2020 Schulreform in Deutschland – Eine (un)endliche Geschichte?!“ die historischen Etappen, Akteure und Argumente zusammengetragen. Sie legt eindrucksvoll dar, wie der „Weimarer Schulkompromiss“ bis heute in den schulgesetzlichen Regelungen nachwirkt,